

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Ulrich Lang MdL, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender von Baden-Württemberg, beschreibt das Sommertheater in Stuttgart: Figaro hier - Figaro da. Seite 1

Oskar Lafontaine schildert, wie die Atomwaffen-Strategie der Supermächte die Bündnisse zerstören: Der Waldspaziergang. Seite 3

Liesel Hartenstein MdB fordert die Einsetzung einer Krisen-Kommission: Koalitionsstreit geht zu Lasten des Waldes. Seite 5

Horst Peter MdB stellt fest, daß sich die Rechtsregierung den Nazis zuwendet: Der Fall HIAG - Freispruch für die Schuldigen. Seite 7

38. Jahrgang / 164

29. August 1983

Figaro hier - Figaro da

Sommertheater in Stuttgart

Von Ulrich Lang MdL
SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender von Baden-Württemberg

Das Bonner Sommertheater hat eine Filiale in Stuttgart. Es gibt nur einen kleinen Unterschied: In Bonn inszenieren drei Koalitions-"Partner" täglich mehrere Versionen eines Stückes, in Stuttgart schafft das einer alleine: Lothar Späth. Seine Kabinettsmitglieder spielen dabei noch nicht einmal die Rolle von Laiendarstellern. Späth gibt sich täglich multifunktional: Als Autor, als Regisseur, als Dramaturg, als Hauptdarsteller, als Kritiker seiner Inszenierung von gestern. Nur das staunende Publikum stellt er nicht selbst dar.

Um nur die allerjüngsten Einfälle und Umfalle des Tausend-sassas von der Villa Reitzenstein aufzugreifen:

Da ist die Diskussion um das Vermummungsverbot. Zunächst möchte der Ministerpräsident über den Bundesrat eine Gesetzesinitiative einbringen, um Zimmermann von dieser Seite her Beistand zu leisten. Da wurde ihm offensichtlich bedeutet, angesichts der Landtagswahlen in Hessen und Bremen könnte eine derartige gesetzliche Festschreibung jetzt nicht opportun sein. Flexibel setzt er zur Kehrtwendung an,



verzichtet auf sein Vorhaben und stuft es zum Positionspapier herunter, nicht ohne zu betonen, natürlich halte er inhaltlich an seiner Position fest.

Oder die vielfältigen Positionswechsel beim Mutterschaftsurlaubsgeld. Zunächst soll es so sein, wie von Stoltenberg vorgeschlagen, dann plötzlich wieder nicht. Man kann sich ja nur profilieren, wenn man Stoltenberg widerspricht, und überhaupt der Schutz der Familie. Endlich stimmt die Regierung im Sozialausschuß des Bundesrats doch für Kürzungen und schließlich meint der Ministerpräsident, er halte eine Einigung schon für möglich - in der einen oder anderen Weise. Und nun hat das CDU-Präsidium ihn im Regen stehen lassen und keinen Aspekt seiner Vorschläge aufgegriffen. Späth läßt sich das aus Parteiloyalität gefallen, obwohl er die Möglichkeit hätte, seine Vorstellungen mit Bayern und den SPD-Ländern im Bundesrat durchzusetzen.

Jetzt will er - wirklich originell - das Lehrgeld vor allem für Mädchen kürzen. Mit dem freiwerdenden Geld könnten dann zusätzliche Ausbildungsplätze finanziert werden (als ob es die Ausbildungsvergütungen wären, die als Kostenfaktor ins Gewicht fielen und nicht die Investitionen für einen Ausbildungsplatz). Bestenfalls kann es sich dieser Idee um eine Fortschreibung der Lehrstellenlücke mit anderen Mitteln handeln. Haimo George läßt grüßen.

Fazit: Späth bleibt sich treu. Bewegung bleibt Prinzip, wohinbleibt nachrangig, nach vorne, nach hinten, links oder rechts. Tagesschlaueheiten werden zu politischen Weisheiten hochstilisiert und als solche weitertransportiert. Und dabei hat in jüngster Zeit selbst kritische Beobachter der Landespolitik dem Ministerpräsidenten bescheinigt, er habe von seinem unsteten, unberechenbaren Wesen gelassen. Sei nachdenklicher und steter geworden. Er hat uns in jüngster Zeit wieder eines besseren belehrt: Figaro hier, Figaro da.

(-/29.8.1983/ks/ca)

+ + +



Der Waldspaziergang

Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse

Von Oskar Lafontaine

SPD-Landesvorsitzender im Saarland

Mitglied des SPD-Vorstandes

Mit den letzten Monaten wird in der Bundesrepublik dafür geworben, bei den Genfer Verhandlungen einen Kompromiß anzustreben, der angeblich 1982 von den beiden Unterhändlern Paul Nitze und Julij Kwizinski bei einem Waldspaziergang ausgehandelt worden ist. Danach sollten den Vereinigten Staaten 75 Abschußvorrichtungen für landgestützte Cruise Missiles in Europa zugestanden werden. Die Sowjetunion sollte ihre SS-20 im europäischen Teil auf 75 Systeme reduzieren. Wenn man, wie die meisten Politiker das tun, den Verzicht auf die Pershing 2 hervorhebt und dann nur noch auf die Zahlen sieht, kann man die Formel des Waldspaziergangs als einen Kompromiß zur Rüstungsbegrenzung ansehen.

Diese Einschätzung ist falsch. Bei den Mittelstreckenverhandlungen in Genf geht es darum, ob zu der Zahl von 50.000 Atomwaffen einige Hundert mehr oder weniger hinzugefügt werden. Der Kompromiß des Waldspaziergangs ist ein Beispiel dafür, daß sich Ergebnisse der Rüstungskontrolle als Aufrüstungsvereinbarung entpuppen. Mit diesem Kompromiß wird nämlich eine neue Waffentechnologie eingeführt, die landgestützte Cruise Missile. Nach Angaben in der amerikanischen Literatur muß die Sowjetunion zehn bis 50 Milliarden Dollar aufwenden, um nach Einführung der Cruise Missiles geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dabei bereiten die landgestützten Cruise Missiles den Sowjets mehr Kopfzerbrechen als die luft- und seegestützten Systeme.

Nirgendwo sind die Kostenschätzungen so schnell überholt wie bei der Rüstung. Es werden eher mehr als 50 Milliarden sein, die die Sowjetunion benötigt, um ihre Abwehrsysteme auf die neuen Waffen umzustellen, und im Sinne der rüstungstreibenden Gleichgewichtsformel ebenfalls Cruise Missiles in ihr strategisches Arsenal einzuführen. Für den Fall, daß die sowjetische Seite eine entsprechende Abwehrkette aufgebaut hat, haben die Amerikaner schon vorgesorgt. Sie entwickeln bereits eine Cruise Missile mit Stealth-Technologie: Der Flugkörper wird mit einer Schicht überzogen, die die Radarstrahlen nicht mehr reflektiert.

Die Formel des Waldspaziergangs würde ein wesentliches Ergebnis des SALT-II-Vertrages endgültig entfallen lassen. Im Zusatzprotokoll zu diesem Vertrag vereinbarten die beiden Weltmächte, keine land- und seegestützten Cruise Missiles mit Reichweiten



Über 600 Kilometer zu stationieren. Der Cruise-Missiles-Technologie kommt in der Rüstungsspirale eine ähnliche Bedeutung zu wie der Einführung der MIRV-Technologie (Rakete mit mehreren Sprengköpfen, die unabhängig voneinander in verschiedene Ziele gesteuert werden können). Selbst Henry Kissinger bezeichnet heute die Einführung der MIRV-Technologie als einen der größten Fehler, der während seiner Amtszeit als amerikanischer Außenpolitiker gemacht worden ist. Die Einführung der Cruise-Missiles-Technologie wird sich wohl ähnlich entwickeln.

Es ist wenig trostreich, daß zu erwarten ist, daß in einigen Jahren ein amerikanischer Politiker zu der Einsicht kommen wird, daß die Einführung der Cruise-Missiles-Technologie ein großer Fehler war. Wieder einmal wären es die Amerikaner, die diese neue Technologie als erste in ihr Waffenarsenal aufnehmen würden. Im Salt-II-Vertrag hatte ihnen die UdSSR bereits luftgestützte Cruise Missiles auf schweren Bombern zugestanden. Wenn die Cruise-Missiles-Technologie eingeführt ist, ist die nächste Runde im Rüstungswettlauf eingeläutet, unabhängig von dem, was die Unterhändler in Genf oder an anderen Orten miteinander bereden. Würden die beiden Weltmächte sich auf die Formel des Waldspaziergangs verständigen, hätten wir ein Rüstungskontrollabkommen, das nichts anderes wäre, als eine Vereinbarung zu weiterer Aufrüstung.

Der Kompromiß des Waldspaziergangs hat wohl deshalb keine Chance, weil die englischen und französischen Systeme dabei nicht berücksichtigt sind. Die Sowjetunion wird aber auf die Berücksichtigung dieser Systeme nicht verzichten können, da sie ebenso wie die anderen Beteiligten an der Gleichgewichtsformel festhält. Würde sie als erste Weltmacht diese verrückte Formel aufgeben, könnte sie ihre Forderung nach Anrechnung der französischen und englischen Systeme fallenlassen. So wird Moskau auch künftig nicht gewillt sein, die französischen und englischen Atomraketen als Sektflaschen anzusehen.

Es spricht vieles dafür, daß beide Seiten nie ernstlich am Kompromiß des Waldspaziergangs interessiert waren. Wenn jetzt immer mehr Politiker die Formel des Waldspaziergangs befürworten, ist es als positiv anzusehen, daß durch die Argumente der Friedensbewegung die Gefährlichkeit der Pershing 2 erkannt wurde. Es ist aber sehr bedauerlich, daß nicht gesehen wird, daß ein Kompromiß nach dem Muster des Waldspaziergangs die Einführung einer neuen Waffentechnologie bedeuten würde. Insbesondere diejenigen, die eine neue Verteidigungspolitik befürworten, die von der Entnuklearisierung der Bundesrepublik sprechen und die Umrüstung der Bundeswehr auf defensive Systeme fordern, können dem Kompromiß des Waldspaziergangs nicht abgewinnen. Sind die Cruise Missiles erst stationiert, dann ist über Jahre hinweg ein Prozeß in Gang gesetzt, der in die entgegengesetzte Richtung läuft.

(-/29.8.1983/ks/ca)

+ + +

(Dieser Artikel wurde dem SPIEGEL-Buch "Angst vor den Freunden" entnommen, 190 Seiten, 14,-- DM)



Koalitionsstreit geht zu Lasten des Waldes

Einsetzung einer Krisen-Kommission gefordert

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Berichterstatteerin für das von der SPD eingebrachte "Notprogramm gegen das Waldsterben" im Innenausschuß

Während die vielleicht größte ökologische Katastrophe in der Bundesrepublik unaufhaltsam näherrückt - innerhalb eines Jahres haben sich die Waldschäden verdreifacht, mindestens 1,5 Millionen Hektar sind vom Absterben bedroht -, geht der Streit in der Koalition darüber, ob man denn noch zusätzlich etwas unternehmen müsse, unvermindert weiter. Dieser Streit wirkt peinlich und makaber.

Der ehemalige Innenminister Baum (FDP) schlägt eine "Waldabgabe" vor und will alle Autos (28 Millionen!) halbjährlich zum TÜV schicken; Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) fordert seinerseits Länder und Gemeinden auf, als Mitigentümer der Energieversorgungsunternehmen mehr zur Entschwefelung zu tun, als gesetzlich verlangt wird. Ja, wie denn nun? Das Eingeständnis der Hilflosigkeit und Uneinigkeit könnte nicht frappierender sein. Denn wer anders hat die Großfeuerungsanlagen-Verordnung in der abgeschwächten und lückenhaften Form erlassen, die Baum zu Recht kritisiert, als eben die gegenwärtige Bundesregierung? Und haben nicht exakt die unionsregierten Bundesländer den seit 26. Januar 1983 vorliegenden hessischen Gesetzentwurf für eine Schwefelabgabe abgelehnt, den der Koalitionspartner FDP (noch mit Zuschlag!) befürwortet? Schließlich: warum greift diese Bundesregierung nicht den ebenfalls von Hessen eingebrachten Vorschlag auf, die Mineralölsteuer für unverbleites Benzin um fünf Pfennig zu senken, um die Abgasreinigung zu beschleunigen?

Eine Antwort auf alle diese Fragen drängt sich fast unabweisbar auf. Wer nicht mit Scheuklappen behaftet ist, muß zugeben, daß die alarmierenden Fakten die Richtigkeit der hessischen Vorschläge von Tag zu Tag mehr bestätigt; sie haben nur einen Schönheitsfehler, nämlich den, aus einem sozialdemokratisch regierten Bundesland zu kommen. Das paßt nicht ins Konzept.

Das rasende Tempo der Tragödie läßt aber keine parteitaktischen Klimmzüge mehr zu. Es erfordert im Gegenteil eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Verantwortlichen. Die SPD-Fraktion hat mit ihrem am 28. April 1983 beschlossenen "Notprogramm", das gegenwärtig im Innenausschuß in der Beratung ist, den Weg vorgezeichnet. Die ändern



Fractionen sind aufgefordert mitzuziehen, um wenigstens die oben in der Dringlichkeitsliste stehenden Maßnahmen rasch verwirklichen zu können: Verschärfung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung und der TA Luft; Einführung einer Schadstoffabgabe auf der Grundlage des hessischen Entwurfs; wobei die Stickoxyde einzubeziehen sind; Entgiftung der Kfz-Abgase und Einführung bleifreien Benzins ab 1985; Aufstellung eines Sanierungsplans für Altanlagen, zu dessen Finanzierung die Erhebung eines "Waldpfennigs" dienen könnte.

Aber wir müssen noch einen Schritt weitergehen, die Verdreifachung der Schäden binnen Jahresfrist verlangt auch eine Verdreifachung der Anstrengungen. Deshalb fordere ich:

1. Änderung des Mineralölsteuergesetzes, um bleifreies Benzin um mindestens fünf Pfennig zu verbilligen,
2. Alle Kraftfahrzeuge mit Abgaskatalysatoren sollten für drei Jahre von der Kfz-Steuer befreit werden, um die Umstellung des Fahrzeugparks zu beschleunigen. Im Gegenzug sollten Autos ohne Abgasentgiftung steuerlich höher belastet werden, wodurch das Steueraufkommen für die Länder neutral gehalten werden könnte.
3. Vorschriften zur Entschwefelung des schweren Heizöls, von dem allein im industriellen Bereich jährlich 14 Millionen Tonnen verbrannt werden.

Es zeigt sich, daß außergewöhnliche Gefahren auch außergewöhnliche Maßnahmen notwendig machen. Der langsame und schwerfällige Verhandlungsgang in unserem föderalistischen Staatsaufbau ist nicht geeignet, einem so akuten Notstand rasch genug zu begegnen. Bund und Länder sollten daher unverzüglich eine Krisen-Kommission einsetzen, die ein kurz- und mittelfristiges Konzept erarbeitet.

Dazu sollten auch Vertreter der Forstwirtschaft, der Umweltverbände und der Energiewirtschaft sowie der Industrie und Forschung herangezogen werden. Allerdings muß von vornherein klar sein, daß Düngungsmaßnahmen, wie sie jetzt verstärkt von der chemischen Industrie propagiert werden, und forstbauliche Gegenmaßnahmen nur als Überbrückung betrachtet werden können, um - vielleicht! - das Schlimmste zu verhüten. Im Zentrum muß eine massive und beschleunigte Verminderung der Luftverschmutzung stehen, wenn anders das drohende Unheil noch abgewendet werden soll. (-/29.8.1983/ks/ca)

+ + +



Der Fall HIAG - Freispruch für die Schuldigen

Die Rechtsregierung "wendet" sich den Nazis zu

Von Horst Peter MdB

Nachdem die CSU und die bayrische Landesregierung jahrelang Verbände in der Tradition der SS wie die Wehrsportgruppe Hoffmann verharmlost hat, geht die CSU nun dazu über, die Traditionsverbände der SS zu verharmlosen. Der Bundesinnenminister läßt die HIAG nicht mehr als rechtsextremistische Organisation im Verfassungsschutzbericht aufführen. Für diese Erklärung eines SS-Traditionsverbandes zur "verfassungsgemäßen" Organisation kann es in der zivilisierten Welt niemals Verständnis geben.

Es kann kein Zweifel daran geben, daß die internationale Völkergemeinschaft zu Recht eine Vielzahl der NS-Organisationen als verbrecherische Organisationen geächtet hat. Die SS ist die menschgewordene Ausformung des NS-Denkens gewesen. Als Waffenträger des NS-Systems ist sie nicht nur in eine Vielzahl von Kriegsverbrechen verstrickt gewesen, war nicht nur durch Personalaustausch direkt mit den Mordlagern verbunden - durch ihren militärischen Front-Einsatz hat die SS Auschwitz tagtäglich erst möglich gemacht. Norbert Blüm hat dies vor Jahren einmal richtig gesehen, jeden Tag, den die Front hielt, brannten die Öfen in Auschwitz länger.

Zwar müssen bei der Beurteilung der SS sicherlich die Einzelschicksale der SS-Männer berücksichtigt werden und nicht jede Waffen-SS-Einheit ist in verbrecherische Handlungen verstrickt gewesen. Einem damals 18jährigen muß man den Eintritt in die SS nachsehen. Entscheidendes Kriterium muß dann sein Verhalten nach 1945 sein. Die HIAG-Angehörigen haben aber durch ihren Zusammenschluß und damit verbundene Glorifizierung ihres Tuns erkennen lassen, daß sie keine Scham kennen und zu tätiger Reue nicht gewillt sind. Sie werben für eine kriminelle Organisation.

Diese Geste des Bundesinnenministers, der schon an der Oder-Neiße-Grenze rüttelte, gegenüber den Alt-Nazis reiht sich ein in die Rehabilitierung der Täter und Kriegsschuldigen im Vorfeld der Raketenstationierung. H. Geißler hat in den Pazifisten die wahren Schuldigen an Auschwitz erkannt, nun werden folgerichtig die Nazis aus der Verantwortung entlassen. Damit hatte die Rechtsregierung hinlänglich bekanntgemacht, daß sie die Pazifisten nicht mag. Daß sie aber derart ungeniert mit Nazis poussiert, hielt man doch nicht für möglich. Was Reaktionäre als Charme einer konservativen Regierung empfinden, ist ihre Vergeßlichkeit.

(-/29.8.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

